

# SCHLEPPERKRIMINALITÄT

## Lohnende Geschäfte

***Mehr als tausend Menschen wandern jeden Tag illegal in die Europäische Union ein – für internationale Schlepperorganisationen ein Milliardengeschäft.***

Die Reisenden aus Amman kamen über Kairo und Prag nach Bratislava und hatten Touristenvisa für die Slowakei, ausgestellt in Istanbul. Die "Touristen", überwiegend Iraker, hatten viel Geld für die Reise bezahlt – das Reisebüro hatte ihnen versprochen, sie in die Europäische Union oder in die USA zu bringen.

Für das internationale Reisebüro "Lions Travel" mit Sitz in Amman war das Schleusen von Menschen in den Westen ein einträgliches Hauptgeschäft. In der jordanischen Hauptstadt warben Mitarbeiter des Reisebüros die Ausreisewilligen an. "Geschäftsleute" in Bratislava halfen bei der Visabeschaffung. Das slowakische Konsulat in Istanbul stellte die Sichtvermerke aus. An einem bestimmten Wochentag flog ein Mittelsmann von Jordanien nach Istanbul und ließ sich die Visa in die Pässe stempeln. Die "Touristen" flogen via Prag in die slowakische Hauptstadt; später mit der Aeroflot direkt oder via Moskau nach Bratislava. Mehrmals änderten die Schlepper die Routen; Sichtvermerke wurden auch in der slowakischen Botschaft in Tripolis ausgestellt – die Organisation arbeitete mit einem Libyer zusammen, der in Bratislava wohnte.

In der Slowakei mussten die Reisenden oft mehrere Wochen warten, bis sie von lokalen Schleppern über die grüne Grenze nach Österreich gebracht wurden. Von hier ging es weiter nach Deutschland, in die Niederlande, nach Dänemark, Norwegen oder Schweden. Im Sommer 1998 kamen Beamte der "Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus" (EBT) auf die Spur der Schlepper. Ermittlungen in 17 Ländern folgten. Das Ermittlungsteam wurde von von Oberstleutnant Franz Kröll geleitet, er ist heute Leiter des Kriminalbeamteninspektorats der BPD Leoben. Das Ermittlungsteam bestand aus Mitarbeitern der BPD Graz und Innsbruck, der Sicherheitsdirektion Steiermark und der EBT. Die Kriminalisten wiesen der Schlepperbande nach, in zwei Jahren bis zum Sommer 1999 mehr als 2.700 Menschen nach Österreich und in die anderen Staaten der Europäischen Union geschleppt zu haben. Sechs Haupttäter konnten verhaftet werden; einer wurde inzwischen im Landesgericht Eisenstadt wegen Beteiligung an einer kriminellen Organisation zu zwei Jahren Haft verurteilt.

In Österreich hat sich die Zahl der Aufgriffe von illegal Einreisenden von 1998 auf 1999 mehr als verdoppelt. Im vergangenen Jahr wurden 42.812 Fremde angehalten, darunter 2.949 Schlepper. 1998 waren es 19.794 illegale Migranten. Das entspricht einem Anstieg um 117 Prozent. EBT-Leiter Mag. Peter Gridling spricht von einer "dramatischen Steigerung". Die stärkste Nationalität waren Jugoslawen, gefolgt von Rumänen, Ukrainern, Irakern und Iranern.

Stark gestiegen ist die Zahl der illegalen Einwanderer aus Afghanistan. 1.034 Geschleppte wurden im vergangenen Jahr angehalten, jeden Tag suchen in Österreich 15 bis 30 afghanische Staatsbürger um Asyl an.

Eine der Ursachen der Fluchtwelle aus Afghanistan ist die systematische Vertreibung durch die Taliban, die einen Großteil des Landes kontrollieren. Ein international und arbeitsteilig operierendes Schleppernetz schafft die Menschen nach Zentraleuropa – fast immer auf dem Landweg und mit bis zu acht Übergaben an neue Schlepper.

Im niederösterreichischen Ort Fischamend entdeckten Gendarmen am 24. Jänner 2000 gegen Mitternacht 24 Menschen aus Afghanistan, darunter Kinder. Sie waren in einer der kältesten Nächte dieses Winters von den Schleppern ausgesetzt worden. Fünf Stunden später tauchten weitere 23 Afghanen im Ort auf, wieder mit einigen Kindern. Die Asiaten wurden von den militärisch organisierten Schleppern mit Autos über die Grenze nach Niederösterreich gebracht und in Fischamend zum Aussteigen gezwungen. Die Geschleppten mussten zwischen drei- und fünftausend Dollar pro Person an die Kriminellen bezahlen. Die Flüchtlinge berichteten von Schlägen und Einschüchterungen durch die Schlepper und konnten kaum Angaben über sie machen.

Immer mehr Menschen aus Asien drängen in die Europäische Union; die Wiener Fremdenpolizei registrierte 1999 eine "auffällige Häufung von Großaufgriffen geschleppter Personen, vornehmlich asiatischer Herkunft."

"Die organisierte Schlepperkriminalität ist mehr und mehr gekennzeichnet von subtilen Taktiken und Techniken ... Die Schleusungen sind meist präzise geplant ... Tatausführung und Verwertung des erzielten Gewinnes sind meist hochprofessionell und arbeitsteilig", heißt es im Jahresbericht 1999 der EBT über "Organisierte Schlepperkriminalität". Die EBT ist Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperei. Hier laufen die Meldungen der Bundespolizeibehörden, Gendarmeriedienststellen und der Außenstellen des Bundesasylamtes über "schlepperrelevante Vorfälle" zusammen. Berichtet wird jede Anzeige gegen Schlepper, jeder Aufgriff von illegal Einreisenden, jede Anhaltung von Fremden, die sich ohne Bewilligung in Österreich aufhalten und jede Amshandlung im Bereich der Schleppereibekämpfung. "Wir haben ein perfektes Meldewesen", betont Gridling. Ein knappes Dutzend Beamte, darunter zugeteilte Bedienstete der Grenzgendarmarie, analysiert im EBT-Schlepperreferat die Zahlen, bereitet sie auf. Für die Analyse gebe es aber zuwenig Personal, bedauert Gridling.

Der Einwanderungsdruck auf den Westen wird weiter zunehmen, bedingt durch Kriege, Wirtschaftskrisen, politische Verfolgung und durch die Zunahme der Bevölkerung vor allem in der "Dritten Welt". Laut dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) sind weltweit derzeit 30 Millionen Menschen auf der Flucht. Die im Vorjahr in Österreich aufgegriffenen illegalen Einwanderer kamen aus 120 Staaten, 1998 wurden 87 Herkunftsländer registriert. Zielländer sind neben der EU die anderen reichen Staaten der westlichen Welt: USA, Kanada und Australien. "Der Druck der illegalen Migranten wird sich verstärken", sagt auch Dr. Stefan Stortecy, Leiter des Fremdenpolizeilichen Büros der Bundespolizeidirektion Wien.

Laut EBT-Schlepperbericht ist das Verhalten der Schlepper "vielfach äußerst konspirativ, wobei entsprechende Gegentaktiken die Einblicke der Strafverfolgungsbehörden abwehren sollen." Belastungszeugen würden massiv unter Druck gesetzt. "Die Schlepperei ist das am stärksten wachsende Problemfeld", erläutert Gridling. Die großen Schlepperorganisationen verfügen über enorme finanzielle Mittel und setzen modernste Techniken ein, sie haben beste internationale Kontakte und sind höchst flexibel. Schleusungen mit Lieferwagen über die grüne Grenze nach Österreich nehmen stark zu.

Die ehemaligen Ostblockstaaten sind Transitländer und Warteräume für die Migranten. Bis zu einer Million Menschen sollen im Raum Moskau auf die Ausreise in den Westen warten, schätzen Migrationsexperten; im Raum Kiew sind es 100.000, überwiegend aus Afghanistan, Indien, Pakistan und Sri Lanka. Diese Zahlen seien nicht seriös, betont EBT-Chef Gridling.

Ein Grund für das Ansteigen der illegalen Migration im Jahr 1999 war die Situation in der jugoslawischen Krisenprovinz Kosovo. Der Krieg führte zu einer Flüchtlingswelle der albanisch-stämmigen Bewohner. Nicht nur die Schlepper waren zu bezahlen, auch serbische Militärs und Paramilitärs knöpften den Flüchtlingen "Lösegeld" ab – bis zu 10.000 Schilling. Im Sommer 1999 flohen Tausende Roma aus dem Kosovo nach Italien. Sie waren bei den Auseinandersetzungen zwischen die Fronten geraten, die Albaner beschuldigten sie, mit den Serben gemeinsame Sache gemacht zu haben.

Korruption spielt eine große Rolle bei der Schlepperei. Grenzschutz- und Polizeibeamte in einigen osteuropäischen Staaten werden schlecht bezahlt; ein Geldschein bei der Grenzkontrolle führt dazu, dass der (gefälschte) Pass oder das Auto nicht mehr genau kontrolliert wird. In den vergangenen Jahren wurden bei Einbrüchen in Europa ca. 100.000 Blanko-Vignetten für Schengen-Visa gestohlen.

Chinesische "Touristengruppen" reisen mit Schengenvisa nach Europa. Nach und nach wird die Reisegruppe kleiner; der Reiseleiter fliegt vorsorglich schon einen Tag vor der letzten Europastation nach Asien zurück.

"Die Gewinnspannen der Schlepper sind enorm", berichtet Peter Gridling. Chinesen zahlen 20.000 bis 25.000 US-Dollar an die Schlepper, Afghanen bis zu 10.000 US-Dollar. Von Irakern, die nach Österreich reisen möchten, werden bis zu 10.000 Mark verlangt.

Die Gewinne aus dem Schleppergeschäft werden zunehmend in legale Geschäfte gesteckt. Investiert wird auch in Branchen, die logistisch von Nutzen sind wie Reisebüros, Transportunternehmen, Kreditbüros und das Gastgewerbe. Vor einigen Jahren spielte sich die Schlepperei vielfach innerhalb der Volksgruppen ab, heute gibt es eine Zusammenarbeit über die ethnischen und politischen Grenzen hinweg. Jeder schleppt jeden: Eine kurdische Organisation etwa bringt irakische Kurden nach Istanbul, dort werden sie von einer türkischen Bande übernommen und in eine albanische Hafenstadt transportiert. Mit Schnellbooten albanischer Mafiosi gelangen die Flüchtlinge nach Süditalien. Zwischen der südalbanischen Hafenstadt Vlora und der italienischen Küste richteten die Kriminellen für die 100 Kilometer lange Überfahrt über die Adria einen regelrechten Pendeldienst mit Schnellbooten ein, mit oft Hunderten Passagieren in einer Nacht.

Mehr als 1.000 Menschen aus Osteuropa, Asien und Afrika kommen täglich illegal in die Europäische Union, geschleust von Banden und großen kriminellen Organisationen. Die Schlepperbanden haben "Statthalter" und Helfer in den Zielländern und arbeiten mit anderen Organisationen zusammen. Dazu gesellen sich Mitarbeiter von Reisebüros, Taxifahrer und Gelegenheitsarbeiter für Hilfsdienste.

Ein großer Teil der 1999 illegal in die EU geschleusten Menschen stammte aus Jugoslawien, vorwiegend aus der Krisenprovinz Kosovo, erläutert Christian V. Bratz, Leiter der Gruppe "Illegale Einreise" bei Europol in Den Haag.

Jeder zweite illegale Einwanderer nimmt die Hilfe professioneller Schlepperorganisationen in Anspruch, schätzen Beamte der Europol. Die Geschleppten kommen mit Autos, Bussen und

Lastwagen. Eine große Gruppe bilden Chinesen und Afghanen; Auswanderer aus Sri Lanka und Pakistan spielen ebenfalls eine größere Rolle. Innerhalb Europas reisen vor allem Rumänen und Bulgaren illegal in die EU ein.

Die Schlepper reagieren sehr rasch auf "Störungen" durch die Sicherheitsbehörden. "Die Routen wechseln sehr, sehr rasch", berichtet Europol-Experte Bratz, "die Organisationen weisen einen hohen Grad der Organisiertheit auf".

In Autobussen, Lastwagen und Schiffen werden Verstecke eingeschweißt. Große Organisationen kaufen schrottreife Schiffe, beladen sie mit Hunderten Ausreisewilligen und setzen sie vor der Küste der Zielländer auf Sand. Einkäufer erwerben in Deutschland und Österreich billige Autos auf Gebrauchtfahrzeugmärkten mit den Kennzeichentafeln des Vorbesitzers und bringen sie ins Ausland, wo sie für Schlepperfahrten verwendet werden.

Griechenland, Italien und Spanien sind aufgrund der geografischen Lage bevorzugte Eintrittsländer für illegal Einreisende aus Asien und Nordafrika. Die Europol-Arbeitsgruppe "Plan Sur" (Süd-Plan) setzt sich der Situation in Spanien auseinander. Dort arbeiten viele illegale Einwanderer aus Marokko für niedrige Löhne. Es bildeten sich Ghettos, der Fremdenhass ist latent. Anfang Februar eskalierten die Auseinandersetzungen. Ein psychisch kranker Marokkaner hatte in der südspanischen Stadt El Ejido eine junge Spanierin ermordet; der aufgestaute Hass entlud sich, es kam zu Krawallen: Spanier zündeten Autos und Häuser der Zuwanderer an, es gab mindestens 50 Verletzte. Das neue Ausländergesetz Spaniens ermöglicht es Zuwanderern, den Aufenthalt zu legalisieren, wenn sie nachweisen können, vor dem 1. Juni 1999 ins Land gekommen zu sein.

Belgien legalisierte Anfang dieses Jahres illegale Einwanderer, die vor dem 1. Oktober 1999 in Belgien gelebt haben, unter bestimmten Bedingungen: Sie hatten einen Asylantrag gestellt und nach vier Jahren immer noch keinen Bescheid erhalten oder sie können nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren. Eine Aufenthaltsbewilligung erhielten auch Fremde, die schwer krank waren oder wenn besondere humanitäre Gründe vorlagen.

Das belgische Innenministerium befürchtete einen verstärkten Zustrom von illegalen Einwanderern und nahm vorübergehend die Grenzkontrollen zu den Schengen-Nachbarstaaten wieder auf.

Die Legalisierung war Folge eines tragischen Vorfalls: Bei einer Abschiebung war eine Afrikanerin erstickt. Daraufhin hatte die Bewegung "Sans Papiers" (Ohne Papiere) die Legalisierung der Fremden ohne Papiere gefordert, unterstützt von anderen Organisationen und Politikern.

In Italien werden illegale Einreisende von der Behörde aufgefordert, innerhalb einer bestimmten Frist das Land zu verlassen; viele Migranten tauchen in Italien unter oder reisen in andere EU-Länder weiter. Die Folge für Österreich: Vor einigen Jahren gab es die meisten Aufgriffe an der österreichisch-ungarischen Grenze, im vergangenen Jahr wurden mit 21 Prozent die meisten illegalen Übertritte an der Grenze zu Italien registriert. Eine Legalisierung illegaler Einwanderer sei kontraproduktiv, betont Stefan Stortecy. "Sie löst nicht wirklich die Probleme am Arbeits- und Wohnungsmarkt." Außerdem hätte eine Legalisierung eine magnetische Wirkung auf illegale Einwanderer.

Ein Grundproblem, sagt Peter Gridling, ist das Fehlen einer einheitlichen Migrationspolitik in der Europäischen Union, und die unterschiedliche Rechtslage bei der Schlepperbekämpfung.

Dazu kämen die Sprachbarrieren und oft ein mangelndes Verständnis für die Schädlichkeit der Schlepperei. Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 hat es zwar seitens des Innenministeriums in Wien Versuche gegeben, die Migrationspolitik zu harmonisieren, die Umsetzung scheiterte an den unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten.

In vielen Ländern gibt es keine Strafsanktionen für Schlepper, es fehlt das Problembewusstsein für die Folgen dieses Kriminalitätsfeldes. Ein weiteres Problem ergibt sich durch jene kriminell gewordenen Fremden, die abgeschoben werden sollen, aber sich weigern, ihre richtige Nationalität bekannt zu geben. "Wer seine Identität nicht angibt, bleibt hier", resigniert Stortecky. "Wenn das nicht gelöst wird, stellt sich das Fremdenrecht überhaupt in Frage." Der Fremdenpolizeichef hält die Mithilfe von Sprachwissenschaftlern für ein geeignetes Mittel, die Herkunft von Fremden festzustellen.

Die Europol-Gruppe "Illegale Einreise" versucht mit vier Schwerpunkten, die Schlepperkriminalität einzudämmen:

- Es gibt laufend Expertentreffen, bei denen konkrete Fälle behandelt werden.
- Etwa monatlich erscheint ein "Intelligence Bulletin on Illegal Immigration". In dieser Publikation für die Sicherheitsbehörden in den EU-Mitgliedstaaten werden aktuelle Fälle geschildert, Tendenzen aufgezeigt und offene Quellen ausgewertet.
- Jedes Jahr veröffentlicht Europol einen allgemeinen Lagebericht zur organisierten illegalen Einreise. Dieser Report gibt einen Überblick über die Situation in der EU.
- Vierter Schwerpunkt ist die Analysetätigkeit.

Künftig soll es Treffen der Ermittler mehrerer EU-Staaten geben; Europol will operative Maßnahmen koordinieren und unterstützen.

## **Skrupellose Ausbeutung**

Im Zielland erwartet die Geschleppten selten Wohlstand: Chinesen müssen oft jahrelang die "Reisekosten" abarbeiten, Frauen landen häufig im Sex-Gewerbe, um die "Kredite" der Schlepper bezahlen zu können. Viele illegal im Land aufhältige Fremde arbeiten schwarz oder werden zu Straftaten gezwungen.

In Deutschland verhaftete die Polizei im Vorjahr Mitglieder einer Bande, die Kinder aus Rumänien zu Dieben und Bettlern abgerichtet hatte. Lieferten die Kinder nicht täglich eine bestimmte Summe ab, wurden sie gequält und auch vergewaltigt. An die Polizei können sich die Ausgebeuteten nicht wenden – aus Angst vor der Abschiebung.

## **Reise in den Tod**

Die Schlepper werden immer skrupelloser. Hunderte Menschen sterben jedes Jahr bei dem Versuch, illegal in ein anderes Land zu kommen: sie ertrinken im Meer vor der Küste Spaniens, ersticken in Containern und anderen Verstecken, erfrieren bei stundenlangen Nachtmärschen. Nach Schätzungen spanischer Behörden kamen in den vergangenen fünf

Jahren etwa 1.000 Menschen in der Meerenge von Gibraltar beim Versuch ums Leben, illegal nach Spanien zu kommen.

*Werner Sabitzer*

## **Strafen für Schlepper**

Die "Förderung der rechtswidrigen Ein- oder Ausreise eines Fremden" ist als Verwaltungsübertretung im Fremdenengesetz mit bis zu 50.000 Schilling Geldstrafe bedroht, "gleichgültig, ob sie vor oder nach dem Grenzübertritt oder während des Aufenthaltes des Fremden im Bundesgebiet gewährt wird" (§ 104 FrG 1997).

Kann einem Schlepper ein Vermögensvorteil nachgewiesen werden, erhöht sich die Strafdrohung auf 200.000 Schilling.

Zur gerichtlich strafbaren Handlung mit einer Strafdrohung bis zu einem Jahr Haft oder 360 Tagessätzen Geldstrafe wird Schlepperei, wenn

- die gemeinsame rechtswidrige Ein- oder Ausreise von mehr als fünf Fremden gefördert wird, oder
- der Täter innerhalb der letzten fünf Jahre bereits wegen Schlepperei bestraft wurde (§ 105 FrG 1997). Dabei zählt auch die Verurteilung durch ein ausländisches Gericht.

Die Strafdrohung erhöht sich auf drei Jahre Freiheitsstrafe, wenn die Schlepperei gewerbsmäßig begangen wird.

Fahrzeuge, die bei der Schleppung verwendet werden, können vorläufig sichergestellt werden (§ 105 Abs. 4 FrG 1997).

Im Strafgesetzbuch ist die "ausbeuterische Schlepperei" (§ 104a StGB) mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe bedroht:

(1) Wer eine Person durch Täuschung über die Möglichkeiten, sich als Fremder in einem Staat niederzulassen oder dort einer erlaubten Erwerbstätigkeit nachzugehen, zur rechtswidrigen Einreise in einen Staat sowie dazu verleitet, für deren Förderung ein Entgelt zu entrichten oder sich zur Entrichtung eines Entgelts zu verpflichten, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer einer Person zum Zweck ihrer Ausbeutung in einem anderen Staat als in dem, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, die rechtswidrige Einreise in einen Staat verschafft.

(3) Wer die Tat gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande oder einer kriminellen Organisation begeht oder durch die Tat viele Menschen schädigt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Ebenso ist der Täter zu bestrafen, wenn die Tat den Tod eines Menschen zur Folge hat.